

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chiefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans de With MdB: Nach dem Gesamtschaden und der Zahl der Verfahren geht die Wirtschaftskriminalität zurück.

Seite 1/2

Dietrich Sperling MdB weist nach, wie sich Biedenkopf und K ppler in ihren Ansichten zur Wohnungsbaupolitik widersprechen.

Seite 3

Helmut Rohde MdB bespricht das neue Buch von Heinz O. Vetter "Gleichberechtigung oder Klassenkampf".

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 60

26. März 1980

Vorbeugende Kraft

Erste Ergebnisse im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Die Verbesserung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gehört seit vielen Jahren zum Schwerpunkt der Arbeiten des Bundesministers der Justiz. Die Verabschiedung des 1. Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Jahre 1976 setzte hier einen Markstein. Einiges deutet nunmehr darauf hin, daß die allerdings schon lange vor 1976 auf vielerlei Ebenen einsetzende energische Bekämpfung der sogenannten Wei e-Kragen-Kriminalität Früchte zu tragen beginnt. Diese Bewertung kann sich auf die neuesten, das Jahr 1978 betreffenden Ergebnisse der Auswertung einer seit 1974 durchgeführten bundesweiten Erfassung von Wirtschaftsstraftaten stützen.

Die Ergebnisse der Auswertung für das Jahr 1978 sind in mehrfacher Hinsicht interessant. So zeichnet sich entgegen der Tendenz der bisherigen Ergebnisse 1978 erstmals ein Rückgang der Zahl der Verfahren ab. Im Jahr 1978 wurden 3.562 Verfahren erfaßt (1974: 2.893; 1975: 3.089, 1976: 3.647; 1977: 3.727).

Ferner zeigt sich, daß auch der erfaßte Gesamtschaden, der Gegenstand der erfaßten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren war, zurückgegangen ist. Er lag 1978 bei 2,5 und 1977 bei 3,6 Milliarden DM (1974: 1,4; 1975: 3,4; 1976: vier Milliarden DM). Hochgerechnet auf sämtliche Verfahren, also auch auf solche ohne Schadensangaben, betrug der Schaden 1978 2,6 Milliarden DM (1975: 4,2; 1976: 4,8 und 1977 3,8 Milliarden DM).

Der Rückgang des Gesamtschadens beruhte dabei keineswegs allein darauf, daß die Erfassung im Jahr 1978 weniger Ver-



fahren als in den vorangegangenen Jahren zählte. Auch der durchschnittliche Schaden je Verfahren war im Jahr 1978 merklich geringer als in den drei vorangegangenen Jahren.

Was sind die Ursachen für diesen Rückgang?

Zwar ist noch vieles unbekannt über die Faktoren, die die Wirtschaftskriminalität beeinflussen. Wichtig ist sicherlich das energische Vorgehen der Staatsanwaltschaften. Immer mehr Ermittlungsverfahren führen zur Anklage. Im Jahre 1978 wurden 62,5 Prozent der Verfahren durch Anklageerhebung (auch neben Teileinstellung) abgeschlossen (1974: 50,2; 1975: 53,6; 1976: 57,4; 1977: 62,7 Prozent). Dementsprechend hat der Anteil der Totaleinstellungen seit 1974 ständig abgenommen. Wer geneigt ist, eine Wirtschaftstraftat zu begehen, kann immer weniger damit rechnen, daß sein Verfahren eingestellt wird.

Bei der Suche nach den Ursachen für die aus der Statistik sichtbar werdende Entwicklung kann schwerlich das bereits erwähnte, im August 1976 in Kraft getretene Erste Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität außer Betracht gelassen werden. Wobei freilich erst die statistischen Ergebnisse des Folgejahres genauere Aussagen erlauben. Offenbar hat auch dieses Gesetz begonnen, seine vorbeugende Kraft zu entfalten.

In einem anderen Punkt macht die bundesweite sehr differenzierte Erfassung von Wirtschaftsstraftaten deutlich, daß eine weitere gesetzgeberische Maßnahme an der richtigen Stelle ansetzt. Die Erfassung erlaubt eine Unterteilung der schädigenden Unternehmen nach Rechtsformen. Sie zeigt, daß unter den schädigenden Unternehmen im Vergleich zur Häufigkeit der einzelnen Rechtsformen im Wirtschaftsleben auch 1978 überdurchschnittlich stark die Gesellschaft mit beschränkter Haftung vertreten war.

Gerade in diesem Punkt hatte bereits die Gesetzgebungsarbeit angesetzt. Um dem überdurchschnittlichen Auftreten der GmbH als schädigendem Unternehmen entgegenzuwirken, sind im Rahmen der dem Deutschen Bundestag vorliegenden GmbH-Novelle verschiedene gesetzliche Maßnahmen vorgesehen. Aufgrund eines Vorschlags der Kommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität soll in das GmbH-Gesetz eine Regelung eingefügt werden, nach der auf die Dauer von fünf Jahren nicht Geschäftsführer sein kann, wer wegen eines Konkursdelikts bestraft worden ist. Ferner soll verhindert werden, daß niemand, dem persönlich die Ausübung eines Berufs oder Gewerbes untersagt worden ist, seine Geschäfte alsbald unter dem Deckmantel einer GmbH wieder aufnimmt. Ebenso wirken alle anderen Gläubigerschutzvorschriften der eingangs genannten Tendenz entgegen, so insbesondere die Erhöhung des Mindeststammkapitals auf 50.000 DM und der Mindesteinlagenpflicht von 25.000 DM, die Verschärfung des Gründungsrechts und neue Vorschriften über kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen. (-/26.3.1980/ks/gat)

+ + +



Biedenkopf/Köppler und der Wohnungsbau

Feuer und Wasser ergeben keine gute Mischung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau

Herr Köppler erklärt: "Eine CDU-Landesregierung wird den sozialen Wohnungsbau im Lande Nordrhein-Westfalen fortführen."

Herr Biedenkopf erklärt: "Für eine Wohnungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft ist erforderlich - den sozialen Wohnungsbau schrittweise zu beenden."

Herr Köppler erklärte: "Darüber hinaus wird die CDU in diesem Zusammenhang Eigentumsmaßnahmen stärker betonen."

Herr Biedenkopf erklärt: "Bestimmte Förderungsmaßnahmen wie Abschreibungen nach Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz und die Bausparförderung sind in ihrer gegenwärtigen Form sozialpolitisch verfehlt."

Herr Köppler erklärt: "...um durch den Bau von Stadthäusern und Eigentumswohnungen der Stadtfucht zu begegnen."

Herr Biedenkopf erklärt: "Die Wohnungsnot in Ballungsgebieten ist kein absolutes, sondern ein relatives Problem." Und: "Regionale Unterschiede haben bei der Wohnraumversorgung eine wichtige Steuerungsfunktion."

Herr Köppler erklärt: "Eine von mir geführte CDU-Landesregierung tritt auch im Bundesrat und im Land für alle solche Maßnahmen der Sparförderung ein, die der Bildung von Eigentum dienen und darüber hinaus geeignet sind, den erlahmten Mietwohnungsbau wieder anzukurbeln."

Herr Biedenkopf erklärt: "Für eine Wohnungsbaupolitik in der sozialen Marktwirtschaft ist es erforderlich - die Bausparförderung abzubauen." Und: "Die Eigentumbildung ist davon kaum noch betroffen, denn mehr als 40 Prozent der Bausparverträge werden heute bereits benutzt, um längst eingegangene Verbindlichkeiten umzuschulden, nämlich erste Hypotheken mit staatlicher Hilfe umzuschulden und abzutragen."

Dieser letzte Satz von Biedenkopf liefert den Schlüssel zur Interpretation des letzten Zitates von Köppler: Da Biedenkopf die Auffassung vertritt, die Bausparförderung trage nicht mehr zur Eigentumbildung bei, bedeutet die Aussage von Köppler - er trete für solche Maßnahmen der Sparförderung ein, die der Bildung von Eigentum dienen - daß Köppler und Biedenkopf in der Ablehnung der Bausparförderung ihre Gemeinsamkeit finden.

In allen anderen Punkten widersprechen sie sich.

Möge der Wähler Nordrhein-Westfalen vor einer so geführten Landesregierung bewahren!
(-/26.3.1980/hj/ca)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

"Gleichberechtigung oder Klassenkampf"

Zu einem Buch von Heinz Oskar Vetter

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Das von Heinz Oskar Vetter vorgelegte Buch "Gleichberechtigung oder Klassenkampf" wird über den Tag hinaus wirksam bleiben. Es ist von anderem Kaliber als jene Denkmalspflege und Selbstbespiegelungen, die uns ansonsten in der politischen Gegenwartsliteratur überreich angeboten werden.

Wer wissen will, mit welchen Vorstellungen, Erfahrungen, Zielen, aber auch mit welchen Befürchtungen und selbstkritischen Fragen deutsche Gewerkschaftsführer in die 80er Jahre gehen, für den ist das Buch des DGB-Vorsitzenden eine Quelle von Informationen und Einschätzungen, wie er sie sonst schwerlich so konzentriert vorfindet.

Der Titel des Buches ist nicht reißerisch gemeint. Vetter nimmt ihn ernst. "Der Beginn der 80er Jahre ist durch eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen gekennzeichnet", schreibt er als ersten Satz und dokumentiert die jüngsten Erfahrungen: Die Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber, ihre gegen die Selbstbehauptung der Gewerkschaften gerichtete Aussperrungspraxis; ihr tarifpolitischer Fabu-Katalog, der sich vor allem gegen die sozialen Konsequenzen der neuen Technik richtet, der scharfmacherische Ton gegenüber den Einheitsgewerkschaften, die Attacken auf die soziale Sicherung und der Versuch konservativer Politiker, den Staat aus seiner Verantwortung für Arbeit und Wirtschaft zurückzunehmen sowie der Einbruch in die öffentliche Verantwortung der großen Medien.

Das Buch vermittelt uns, daß diese konservativen Angriffe auf die Fähigkeit zum sozialen Ausgleich und zur Reform tiefe Spuren bei den Gewerkschaften hinterlassen haben. Ausgerechnet in einem Jahrzehnt wirtschaftlichen und strukturellen Wandels sich in Tabu- und Abwehrhandlungen gegenüber den Ansprüchen der Arbeitnehmer zu versteifen; das fordert die Gewerkschaften heraus und schärft politisches Bewußtsein. Vetter formuliert die Alternativen: "Entweder erfolgt die endgültige Emanzipation der Arbeitnehmer aus sozialer Unterlegenheit und Abhängigkeit, wird ihre gleichberechtigte Mitbestimmung auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens voll anerkannt, oder der Kampf gegen die Abhängigkeiten, Zwänge, Unterdrückungsmechanismen und undurchsichtigen Machtverhältnisse der privatkapitalistischen Ordnung muß mit allen Konsequenzen fortgesetzt werden."

Nachdrücklich verteidigt der DGB-Vorsitzende Wert und Gestaltungskraft der Tarifautonomie. Er läßt aber keinen Zweifel daran, daß die Probleme unserer Zeit ein solches Ausmaß und eine solche Sprengkraft erreicht haben, daß ohne ihre Bewältigung eine erfolgreiche Tarifpolitik auf die Dauer kaum mehr möglich erscheint." Diese Einschätzung formt politisches Engagement der Gewerkschafter. Sie wollen nicht nur "Arbeitsmarktpartei" (Vetter) sein oder "Tarifmaschine", wie es Hans Böckler einmal formulierte. Der Anspruch zielt darauf hin, zu "gemeinsamen Planungen von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften" zu kommen, um vor allem Vollbeschäftigung zu sichern, sich dem technologischen Prozeß sozial gewachsen zu zeigen und der Strukturpolitik eine veränderte Façon zu geben. Mitbestimmung nicht nur betrieblich, sondern in Zu-



kunft stärker noch gesamtgesellschaftlich zu verstehen, das ist eine Konsequenz, die Vetter in vielerlei Zusammenhängen deutlich werden läßt.

Ausgehend vom geschichtlichen Verständnis der Gewerkschaften, das unter der Organisationsroutine oft verkümmert ist, wendet sich Vetter kritischen Fragen zu - so im Blick auf die junge Generation, die Gleichberechtigung der Frau, die Kirchen und die Bürgerinitiativen. Verdienstvoll ist, wie er das Bewußtsein für Wissenschaft und Entwicklung der Hochschulen schärft.

Im ganzen zeichnet Vetter ein Bild von einer Gewerkschaftsbewegung der 80er Jahre, das hohe Maßstäbe vorlegt und große Anforderungen stellt. Genauso wie er sich gegen alle Versuche wehrt, Aktionsradius und Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften von außen einzuschränken, so hartnäckig fordert er durch die Anlage des Buches seine eigenen Freunde auf, sich nicht selbst auf Tages- oder Organisationsroutine zu begrenzen. Das heißt, in die Gesellschaft hineinwirken. Für Vetter bedeutet das: "In gleicher Weise Schutzverband und politische Bewegung" zu sein, und die Mitglieder dieser demokratischen Massenorganisation in die Diskussion von Zielvorstellungen und gesellschaftliche Modelle einzubeziehen. Vetter macht deutlich, wie die Einheitsgewerkschaft, parteipolitisch unabhängig, sich also nicht als Partei aber als politische Bewegung verstehend, gegenüber den Richtungsgewerkschaften der Weimarer Zeit an politischer Statur gewonnen hat. Gemeint ist: Sich nicht "neutral" neben die Politik zu stellen oder sie auf andere zu delegieren, sondern sich aus eigenem Selbstverständnis, gestützt auf die Erfahrungen und Interessen der Arbeitnehmer zu engagieren und auf die Politik einzuwirken.

Es ist nicht möglich, diesem Buch mit wenigen Zeilen gerecht zu werden, zum Beispiel dem Wirken der Gewerkschaften in Europa und in den internationalen Beziehungen. Dieses Buch kann helfen - im Begreifen des Selbstverständnisses der Gewerkschaften und ihrer Rolle in der Gesellschaft und nicht zuletzt im Dialog der Generationen in der Gewerkschaft. Daß es auch Auseinandersetzungen hervorrufen wird, daß hat Vetter wohl einkalkuliert. Ein Feiertagsbuch auf Glanzpapier, das mit niemandem und nichts aneckt, wollte er sicherlich nicht schreiben.

(-/26.3.1980/vo-he/ca)

